Macht

Alliierte in Konflikten

Ukraine

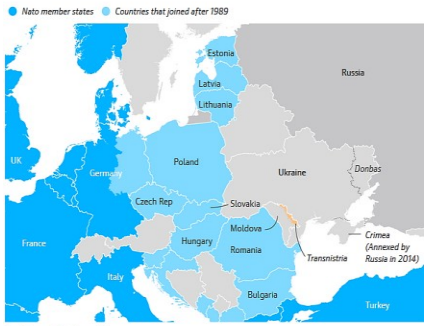
Maxar Technolog. Russ. Waffen vor Ukraine

Etwa 14.000 Personen starben im Konflikt um die (Ost-/) Ukraine. Am 21. Januar kamen Sergei Lawrow und Tony Blinken in Genf überein, weiter zu reden, reziproke Sicherheitsaktionen anzustreben und ihre Noten zu beantworten, indes Seiten ihre Potenziale aufstocken. Amerika zieht aus Kiew Personal ab, alarmierte 8.500 Militärs für die Nato, die der Ukraine Panzer gibt, Abwehrraketen gegen Panzer und Flieger. Doch Moskau will keine Ukraine in der Nato.

Zwar lenkte Joe Biden ein, die Ukraine in der Nato wäre kein „Projekt der nahen Zukunft". Doch beging er Fehler: er drosselte seine Unabhängigkeit vom Öl, womit global Preise zu Präsident Putins Gunst auf $85 je Fass ansteigen, und er erlaubte Nord Stream 2 ohne US-Sanktion, aber mit Folgen, falls der Status der Ukraine als Gastransitland gefährdet werde.

Karte Guardian graphic source Nato

Nato's eastern flank is made up of countries that joined after 1989



Guardian graphic. Source: Nato

Alliierte

Dem ist nun so, doch zögert Berlin. Es stellt der Ukraine keine Waffen. Motto: das militärische Ungleichgewicht würde umgekehrt. Der beste Schutz? Dass kein Angriff folgt. Waffen verhüten es nicht laut Annalena Baerbock sonst folge die „Umkehr des Ungleichgewichts." Berlin stoppt Estland, der Ukraine Waffen zu geben. Es bremst nicht Nord Stream 2. Amerikaner fragten erneut, 35.000 Militär aus Deutschland nach Polen zu bringen, auf Berlins 2%-Nato-Teil zu pochen: wozu zahlt Amerika dies?

In Washington und Berlin vertiefte linke Klima-Radikalität Abhängigkeit mit Risiken für Wähler, angeblich für Energiesicherheit und Klimaschutz. Wie dies lief, war falsch. Boykott freudig ist Berlin nicht, es hängt an Putins Gas/Öl. Man hat erst Atommeiler abgebaut, mithin Zwangslagen erzeugt, ehe dies Handeln die funktionierenden Alternativen erlaubte.

Manche sagen, gegenüber Russland und China sei Deutschland kein glaubwürdiger Alliierter Amerikas mehr. Berlin liege mehr am Billiggas, China-Export und Putin zu besänftigen, als an alliierter demokratischer Solidarität. Briten erfragten nicht mehr die deutschen Überflugrechte für Waffen an die Ukraine, London schrieb Berlin gar ab. Umgekehrt wird Amerika als demokratisch Alliierter geprüft. Der Präsident öffnet die Südgrenze, Gesetzlosigkeit ufert aus und Milliarden für „grüne" Projekte treiben die Inflation in eine Rezession.

Amerika ist gespalten. In einer blutigen Kapitulation übergab Biden ohne klare Abreden mit Alliierten Kabul an die Taliban. Wie demokratisch alliiert ist er, wenn er zum Ursprung der Pandemie Präsident Xi nicht stellt, der üben lässt, Taiwan zu stürmen? Putin will mit 127.000^{+} Militärs samt 35.000^{+} „Rebellen" die Ukraine dominieren. Wichtiger als diese ist Amerikas Grenze, wo Bidens Regime Bürger nicht beschützt. In China lacht der Dritte, der sich mit Putin berät und ihn auf der Winter-Olympiade trifft. Widersteht Biden den Beiden?

Mittelost
Nato-Länder stärken seit 24. Januar ihre See-, Land- und Luft-Kräfte. Dies betrifft auch den Truman-Flugzeugträger im Mittelmeer. Erstmals gelangt seine Gruppe unter Nato-Befehl. Russen starteten auch ihre Marine Manöver, so in der Ostsee. In Paris sollen sich politische Berater im Normandie-Format treffen, wozu Frankreich, Russland, Deutschland und Ukraine gehören. Biden erwägt noch, Putin alsbald mehr persönlich boykottieren zu lassen.

Nordkorea
Nach Beijing als Gewinner in der Krise um die Ukraine folgt Südkoreas Kim, der am 25. Januar offenbar zwei Marschflugkörper gestartet hat. Formell entweicht er mit dem fünften Test in 2022 den UN-Resolutionen, die nur ballistische Raketen meinen. Die bilateralen Gespräche mit Amerika über eine Denuklearisierung der Halbinsel seit Ende 2019 stocken. Kim sagte an, nach vier Jahren Pause nun wieder atomare Langstreckenraketen zu starten.

Emirate, al-Huthi

Wiki VAE F16 قاعدة الظفرة الجوية

Am 24. Januar wehrten Emiratis und Amerikaner von der adh-Dhafra Luftwaffen-Basis (2.000 US-Militärs) mit Patriot-Raketen zwei ballistische Raketen über der Hauptstadt Abu Dhabi ab, die von al-Huthis aus Jemen kamen. Im Gegenschlag zerstörten am selben Tag F16 dort eine Raketen-Abschussbasis, meldete das Militär. Am 17. Januar töteten al-Huthis beim Angriff auf den Erdöl-Komplex der Emirate zwei Personen sowie verwundeten sechs.

Vier Tage später forderten Gegenangriffe auf eine Haftanstalt in Jemens Stadt Saada 70 Tote und 200 Verletzte. Die schiitischen al-Huthis entfalteten ihre Fähigkeiten mit Raketen und Drohnen – oft iranischer Machart – seit 2018 bei Angriffen auf die saudische Aramco nahe ar-Riyad, auf Abu Dhabi und 2019 auf Militärs in einem Kommando. Weltweit ist dies einer der ärgsten Bürgerkriege in einem der ärmsten Teile der Arabischen Halbinsel. Ohne weitführend zielgenaue Waffen in Händen kleiner Gruppen wäre der Krieg nicht im 7. Jahr und könnte nicht so ausgreifen, der dann gleichwohl die Welterdölproduktion trifft.

IS
Angehörige des Islamischen Staates haben im Nordosten Syriens mit Erfolg ein Gefängnis gestürmt und am 21. Januar auch einige ihrer Kämpfer befreit. Elf irakische Soldaten und 28 IS Truppen sind dabei gefallen, wo 89 weitere gefangen wurden. Noch immer gibt es zwischen Irak und Syrien vielfältige und versteckte Basen, die solche Terrorakte erlauben.

Amerika und seine Alliierten zerschlugen das physische IS-Kalifat 2019 und 2020. Doch Kämpfer gingen nach Ostasien, Nordafrika, dabei Libyen, Afghanistan und Mittelafrika, um sich neu zu etablieren. Speziell ab 2015 bildet der IS Zellen in Europa und Deutschland (fast 30.000 Islamisten-Potenzial 2021). Das virtuelle Kalifat auf reellem Land besteht fort.

Sudan
Die Kampagne des zivilen Ungehorsams geht weiter, wo 2019 der drei-Dekaden Diktator Umar al-Bashir abtrat. In Demonstrationen am 17. und 18. Januar zum Präsidialpalast benutzte die Polizei scharfe Munition und Tränengas gegen die Menge. Sechs Personen starben. Die Streikbewegung sucht den Rückzug des Militärs aus der Übergangsführung unter Abd al-Fattah al-Burhan, demokratischen Wandel und freie Wahlen. Premier Abdallah Hamduk kehrte am 21. November wieder ins Amt zurück, nachdem das Militär am 25. Oktober putschte und ihn arretierte. Die Konstitutionelle Erklärung vom 4. August 2019 bleibt solange auf dem Papier, bis die Machtfrage geregelt ist. In Jemen und Sudan spielten Deutsche nach 1945 historisch Sonderrollen. Wolfgang G. Schwanitz